

Nr. 18/252

Folgender Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt:

Rettungskräfte durch Videoüberwachung für Rettungswagen schützen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 14. Februar 2012
(Drucksache 18/235)

Nr. 18/253

Haushaltswürfe 2012 und 2013 ablehnen – zukünftige Generationen durch geringere Kreditaufnahme entlasten und Haushaltsrisiken berücksichtigen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 20. März 2012
(Drucksache 18/318)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/254

Finanzplan 2011 bis 2016 der Freien Hansestadt Bremen

Mitteilung des Senats vom 14. Februar 2012
(Drucksache 18/245)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Finanzplan 2011 bis 2016 der Freien Hansestadt Bremen zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

Nr. 18/255

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2012 und 2013

Mitteilung des Senats vom 28. Februar 2012
(Drucksache 18/280)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2012 und 2013 in erster Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Haushaltsgesetze 2012 und 2013, die Haushaltspläne und Stellenpläne für die Haushaltsjahre 2012 und 2013 (einschließlich der Sonderhaushalte und der Haushalte der unselbstständigen Stiftungen und Vermächtnisse), die Produktgruppenhaushalte für die Haushaltsjahre 2012 und 2013, die produktgruppenorientierten Stellenpläne für die Haushaltsjahre 2012 und 2013, die Wirtschaftspläne 2012/2013 der Eigenbetriebe, Sonstige Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten öffentlichen Rechts und die Darlegungen zur Begründetheit der Ausgaben und zur Ausschöpfung von Einnahmequellen im Zusammenhang mit einer Überschreitung der Höchstgrenze für Kreditaufnahmen nach Artikel 131a der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen zur Beratung und Berichterstattung an

den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss (federführend) sowie an den Rechtsausschuss, an den Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen, an den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau, den Ausschuss für Integration, Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit und an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

Nr. 18/256

Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen – Konzept zur Umsetzung des Bundesgesetzes im Land Bremen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 15. Februar 2012
(Neufassung der Drucksache 18/230 vom 8. Februar 2012)
(Drucksache 18/243)

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, bis zum 1. Juli einen Bericht zur Umsetzung des Bundesgesetzes in Bremen vorzulegen, in dem folgende qualitativen Merkmale berücksichtigt werden:

1. eine Beratung, die von interkulturell sensibilisiertem Personal durchgeführt wird, für Migrantinnen und Migranten sicherzustellen;
2. potenzielle Antragstellerinnen und Antragsteller proaktiv über die Möglichkeiten der Anerkennung mitgebrachter Abschlüsse zu informieren;
3. Vorschläge zur Ermöglichung von Nachqualifizierung und Teilnahme an Anpassungslehrgängen zu formulieren und die Frage der Finanzierung der Lehrgänge bereits im Vorfeld zu klären;
4. auf Bescheide mit verständlichen und nachvollziehbaren Begründungen hinzuwirken;
5. über die Zuständigkeiten für das Verfahren übersichtlich und nachvollziehbar zu informieren.

Nr. 18/257

Versprechen einlösen – UNHCR-Flüchtlinge aufnehmen!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 2. November 2011
(Neufassung der Drucksache 18/82 vom 1. November 2011)
(Drucksache 18/98)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/258

Versprechen einlösen – UNHCR-Flüchtlinge aufnehmen!

Bericht und Antrag der staatlichen Deputation für Inneres und Sport
vom 9. Februar 2012
(Drucksache 18/231)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Inneres und Sport Kenntnis.

Nr. 18/259

5. Bericht der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe „Häusliche Beziehungsgewalt“

Mitteilung des Senats vom 15. November 2011
(Drucksache 18/124)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 18/260

Bericht und Antrag des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau zum 5. Bericht der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe „Häusliche Beziehungsgewalt“, Mitteilung des Senats vom 15. November 2011 (Drucksache 18/124) vom 9. Februar 2012

(Drucksache 18/232)

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau Kenntnis.

Nr. 18/261

ARD-Finanzausgleich neu verhandeln – Zukunft von Radio Bremen sichern

Antrag der Fraktion der CDU

vom 14. Februar 2012

(Drucksache 18/237)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/262

18. Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (18. KEF-Bericht)

Mitteilung des Senats vom 28. Februar 2012

(Drucksache 18/281)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 18/263

Radio Bremen erhalten – ARD-Finanzausgleich neu gestalten

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 19. März 2012

(Drucksache 18/304)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich im Zuge der anstehenden Verhandlungen mit den Ländern für eine langfristige finanzielle Absicherung Radio Bremens als eigenständige Anstalt einzusetzen, die sich nicht auf kurzfristige Liquiditätshilfen, sondern auf eine dauerhafte, bedarfsgerechte Finanzierung stützt;
2. zu diesem Zweck die Evaluierung des neuen Beitragsmodells zu unterstützen und in Bezug auf die Auswirkungen des neuen Modells für die Finanzierung von Radio Bremen zu analysieren;
3. vor diesem Hintergrund und im Rahmen der bestehenden Vereinbarungen geeignete Lösungen zur Neuordnung des Finanzausgleichs im Jahr 2014 zu entwickeln, die der Erreichung des unter 1. genannten Ziels dienen, wobei alternative Verteilungsmodelle ebenso geprüft werden sollen wie eine Erhöhung der ARD-Finanzausgleichsmasse.

Nr. 18/264

Interessen der Verbraucher/-innen in Gesetzgebungsverfahren stärker berücksichtigen

Mitteilung des Senats vom 21. Februar 2012

(Drucksache 18/255)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 18/265

Bedingungen für Standortgemeinschaften (BID) verbessern

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 21. Februar 2012
(Drucksache 18/264)

1. Der Senat wird gebeten, für eine Novellierung des Gesetzes zu prüfen,
 - a) wie Datenschutzprobleme bei der frühzeitigen Weitergabe der von der Verwaltung ermittelten Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer (Zielgruppe) an die Aufgabenträger gelöst werden können;
 - b) wie bei der Definition der Innovationsbereiche eine hinreichende Homogenität der Interessenlage erreicht und insbesondere den unterschiedlichen Bedürfnissen von gewerblichen und Wohnungseigentümerinnen und -eigentümern sowie anderen Anliegerinnen und Anliegern, wie z. B. gemeinnützigen Organisationen, Rechnung getragen werden kann, die Herausnahme der Wohnungseigentümer sollte geprüft werden;
 - c) inwieweit bau- und planungsrechtliche Hemmnisse bestehen und wie sie gegebenenfalls beseitigt werden können;
 - d) ob unter welchen Voraussetzungen das Modell der Standortgemeinschaften außerhalb von Einzelhandels- und Dienstleistungszentren auch für andere Gewerbestandorte oder touristisch bzw. auf Freizeitaktivitäten ausgerichtete Gebiete wie die sogenannte Discomeile als Innovationsinstrument eingesetzt werden kann;
 - e) ob die Einrichtung nicht gewerblicher Innovationsbereiche sogenannter housing improvement districts (HID) berücksichtigt werden soll;
 - f) inwieweit auch freiwillige Standortgemeinschaften einbezogen werden können.
2. Der Senat wird gebeten, der Bürgerschaft (Landtag) die Ergebnisse dieser Prüfung im zweiten Quartal 2012 vorzulegen, und dabei auch bisherige Erfahrungen und Einschätzungen der Beiräte zu berücksichtigen.

Nr. 18/266

Wirtschaftliches Potenzial des Fahrradtourismus für das Land Bremen erschließen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 21. Februar 2012
(Drucksache 18/265)

1. Der Senat wird gebeten, den Fahrradtourismus als wertschöpfungsintensives Segment mit überdurchschnittlichen Wachstumspotenzialen mit Nachdruck zu entwickeln und offensiv in seine Tourismus- und Marketingaktivitäten zu integrieren.
2. Der Senat möge der Bürgerschaft (Landtag) sechs Monate nach Beschlussfassung einen Bericht zum Fahrradtourismus im Land Bremen vorlegen, der u. a.
 - a) die wirtschaftliche Bedeutung und die Entwicklungsperspektiven,
 - b) die Gewichtung im Tourismus- und Marketingkonzept des Landes,
 - c) die Einbindung in regionale und überregionale Strukturen unter besonderer Berücksichtigung der Metropolregion und der Verbindung zwischen Bremen und Bremerhaven (Radwegerouten, Radwegenavigation, Radreiseportale etc.),
 - d) die Vernetzung mit öffentlichem Verkehr (z. B. Bahnhof, ZOB), dem Schiffsverkehr (bike & ship), dem Flughafen (bike & fly) und motorisiertem Individualverkehr (u. a. bike & ride) darstellt und Möglichkeiten aufzeigt, Bremen und Bremerhaven damit stärker fahrradtouristisch zu verbinden,
 - e) potenziell für den Fahrradtourismus attraktive Orte wie z. B. die Überseestadt, die Havenwelten und den Fischereihafen einbindet oder dort Barrieren für den Fahrradtourismus abbaut,

- f) mögliche Leihradkonzepte für Tagestouristen wie auch Übernachtungstouristen (z. B. eines Bremer und Bremerhavener Hotelfahrrads) prüft und bewertet,
- g) das Profil Bremen-Nords als mögliche fahrradtouristische Schnittstelle zwischen Bremen und Bremerhaven berücksichtigt,
- h) Möglichkeiten von innenstadtnahen Abstellmöglichkeiten für Fahrräder und Gepäck aufzeigt,
- i) E-Bikes-Tourismus ausdrücklich berücksichtigt (z. B. Ladestationen) und
- j) kurzfristig umsetzbare Maßnahmen sowie
- k) eine mittel- und längerfristige Maßnahmen umfassende den Fahrradtourismus stärkende Strategie aufzeigt.

Nr. 18/267

Strafverfolgung für Beziehungsgewaltdelikte und Delikte sexueller Gewalt beschleunigen und verbessern

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 21. Februar 2012
(Drucksache 18/266)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. darzustellen, aus welchen Gründen sich die Verfahren, die Beziehungsgewaltdelikte und Delikte sexueller Gewalt zum Gegenstand haben, so häufig über mehrere Jahre hinziehen,
2. zu prüfen, ob die für Beziehungsgewalt und sexuelle Gewalt zuständigen Kommissariate und staatsanwaltschaftlichen Sonderdezernate personell so ausgestattet sind, dass eine zügige Durchführung der Ermittlungsverfahren gesichert ist,
3. sicherzustellen, dass in Strafverfahren, die Beziehungsgewaltdelikte und Delikte sexueller Gewalt zum Gegenstand haben, nach Möglichkeit der Staatsanwalt oder die Staatsanwältin die Anklage in der Hauptverhandlung vertritt, der oder die die Anklage erhoben hat,
4. im Zusammenwirken der für Beziehungsgewalt und sexuelle Gewalt zuständigen Kommissariate, der staatsanwaltschaftlichen Sonderdezernate und der Bremer Gerichte ein Konzept zur strafrechtlichen Verfolgung sexualisierten und Beziehungsgewaltdelikten zu entwickeln, das u. a. beinhaltet,
 - a) dass in Strafverfahren, die Beziehungsgewaltdelikte und Delikte sexueller Gewalt zum Gegenstand haben, frühe richterliche Vernehmungen durchgeführt werden, insbesondere dann, wenn die Opferzeugen über ein Zeugnisverweigerungsrecht verfügen oder es sich um kindlich-jugendliche oder traumatisierte Zeuginnen oder Zeugen handelt oder die Zeuginnen oder Zeugen ihren regelmäßigen Wohnsitz nicht in Bremen haben,
 - b) wie insgesamt sichergestellt werden kann, dass Strafverfahren, die Beziehungsgewaltdelikte und Delikte sexueller Gewalt zum Gegenstand haben, zeitlich prioritär behandelt werden,
 - c) Vorschläge für strafverfahrensrechtliche Schutzmaßnahmen für Opferzeuginnen und -zeugen in Strafverfahren, die Beziehungsgewaltdelikte und Delikte sexueller Gewalt zum Gegenstand haben,
5. der Bürgerschaft (Landtag) innerhalb eines Jahres über das Erreichte zu berichten.

Nr. 18/268

Ausstattung von Polizei und Justiz bei der Bearbeitung von Beziehungs- und Sexualdelikten sowie Stalking verbessern

Antrag der Fraktion der CDU
vom 21. März 2012
(Drucksache 18/320)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/269

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auch für psychisch Kranke
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 22. Februar 2012
(Drucksache 18/268)
2. Modellprojekt Leichte Sprache starten
Antrag der Fraktion der CDU
vom 22. Februar 2012
(Drucksache 18/275)
3. Berichterstattung zur Auseinandersetzung zu Rassismus und Rechtsextremismus im Lande Bremen weiterführen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 23. Februar 2012
(Drucksache 18/277)
4. Mindestlohngesetz für das Land Bremen (Landesmindestlohngesetz)
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 7. Februar 2012
(Drucksache 18/229)
2. Lesung
5. Acta ad acta legen und zeitgemäßes Urheberrecht entwickeln
Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 14. März 2012
(Neufassung der Drucksache 18/285 vom 5. März 2012 [Neufassung der Drucksache 18/284 vom 2. März 2012])
(Drucksache 18/299)
6. Sonderfahrberechtigungen für freiwillige Feuerwehren, anerkannte Rettungsdienste und Katastrophenschutzeinheiten einführen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 6. März 2012
(Drucksache 18/287)
7. Gesetz zur Änderung des Bremischen Ladenschlussgesetzes
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 6. März 2012
(Drucksache 18/289)
1. Lesung
8. 33. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz
vom 25. März 2011
(Drucksache 17/1708)
9. Stellungnahme des Senats zum 33. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz
Mitteilung des Senats vom 23. August 2011
(Drucksache 18/37)
10. Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit zum 33. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz vom 25. März 2011 (Drs. 17/1708) und zur Stellungnahme des Senats vom 23. August 2011 (Drs. 18/37)
vom 7. März 2012
(Drucksache 18/290)

